

Offener Brief ans Ministerium - Zustimmung zu Charite-Studie gefordert

28.01.2021

Schönefelds Bürgermeister Christian Hentschel hat sich in einem Offenen Brief an Bildungsministerin Britta Ernst und die Mitglieder des Landtags gewandt. Darin fordert er die Rücknahme der bereits erteilten Absage zur Durchführung der so genannten Bear-Studie durch Mitarbeiter*innen der Charité. In dem Projekt „Berlin-Brandenburg Air Study“ (BEAR) sollen die Auswirkungen von Veränderungen der Luftqualität im Flughafenumfeld auf die Gesundheit von Kindern untersucht werden.

Die geplante Studie wird federführend von der Charité Universitätsmedizin Berlin und der Universität Düsseldorf durchgeführt und vom Umweltbundesamt, dem Berliner Senat und den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow, Schönefeld, Schulzendorf und Eichwalde unterstützt.

Im Auftrag des Umweltbundesamtes werden in Berlin und Brandenburg umfangreiche Luftgütemessungen durchgeführt, die in der Lage sind, auch kleine Änderungen der Luftqualität von Tag zu Tag sehr genau zu erfassen. Auch die Berliner Universitäten, das Helmholtz-Zentrum München, die Universität Braunschweig und das Leibnitz-Troposphäreninstitut Leipzig werden im Rahmen von BEAR an verschiedenen Standorten in Berlin und Brandenburg Messungen der Luftqualität durchführen. Die Messungen erfolgen über drei Jahre. Gleichzeitig sollten etwa 800 Grundschul Kinder in Brandenburg und Berlin etwa zwei- bis dreimal pro Jahr auf einfache, schmerzfreie und spielerische Weise untersucht werden, um Aussagen zum Gesundheitszustand zu bekommen und den möglichen Einfluss von Luftschadstoffen zu bewerten. Die Entscheidung einer Teilnahme obliegt den Eltern.

Das Brandenburger Bildungsministerium verweigerte jedoch seine Zustimmung zu dem Projekt. Die medizinisch-epidemiologischen als auch gesundheitlichen Fragestellungen wiesen keinen direkten Zusammenhang mit den betroffenen Grundschulen auf, hieß es in dem Negativbescheid. Zudem hätte die beantragte Studie keinen Einfluss auf die Erziehungs- und Bildungsarbeit.

Schönefelds Bürgermeister Christian Hentschel betont jedoch im Hinblick auf bereits durchgeführte Studien, dass insbesondere Flughäfen Ultrafeinstaub-Hotspots seien. Wie weiter belegt sei, ist dieser mindestens genauso gesundheitsschädlich wie der gröbere Feinstaub, der die Fähigkeit besitzt, in Zellen, Blutstrom und Gewebe einzudringen. Doch während für Feinstaub schon lange Grenzwerte bestehen, existieren diese für Ultrafeinstaub bisher nicht. Vor allem auch, weil qualifizierte Studien fehlen.

In der Bear-Studie soll vor allem auch die kognitive Entwicklung von Kindern untersucht werden. „Sollte sich herausstellen, dass Ultrafeinstaub Einfluss auf die kognitive Entwicklung hat, muss dies selbstverständlich Konsequenzen haben“, so Hentschel. Neben möglichen Änderungen der Betriebsabläufe in den Schulen und der Vermeidung zusätzlicher Schadstoff-Belastungen, etwa durch Unterrichtsmaterialien, bedeute dies möglicherweise auch bauliche Anpassungen, wie den Einbau spezieller Filtertechnik, sagte er.

Nach der Absage durch das Bildungsministerium ist derzeit geplant, die Studie in den Horten der vier betroffenen Gemeinden durchzuführen. Dies habe allerdings Nachteile. So setzt die Studie bei den Kindern ein Mindestalter voraus. Sie sollte vorrangig bei Dritt- und Viertklässlern durchgeführt werden. Diese würden aber gerade die Betreuung in den Horten nicht mehr so häufig beanspruchen. Damit stünden im Vergleich zu den Schulen weniger Zeit als auch deutlich weniger Kinder für die Untersuchungen zur Verfügung.

Einen Kommentar schreiben